



Claudia Eller

**Die Gründung der  
Stiftungsuniversität Frankfurt am Main**

Ausdruck des Protests gegen die preußische Staatsmacht?

## Die Autorin

**Claudia Eller**, Jahrgang 1983, hat Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder studiert und ist seit mehreren Jahren als CSR-Referentin im Bankwesen tätig. Sie ist Kommunikationsmanagerin (depak), PR-Beraterin (PZOK) und hat eine Weiterbildung zur Corporate Responsibility Managerin (Universität Bayreuth) abgeschlossen. Derzeit absolviert sie berufsbegleitend den Masterstudiengang „Nonprofit Management & Governance“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Die vorliegende Arbeit wurde von der Autorin im Rahmen ihres Masterstudiums im Schwerpunktmodul Stiftungsmanagement angefertigt.

## Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin.

Weitere Informationen unter: [www.institut.maecenata.eu](http://www.institut.maecenata.eu)

## Die Reihe Opuscula

Die Reihe **Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. In der Publikationsstruktur des Maecenata Instituts hat die Reihe *Opuscula* neben den im Verlag Lucius&Lucius erscheinenden *Maecenata Schriften*, einen hohen Stellenwert. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für eine beständige Verfügbarkeit. Eine Übersicht der neuesten Exemplare erhalten Sie auf der letzten Seite jeder Ausgabe.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter:

<http://www.opuscula.maecenata.eu>

## Impressum

### Herausgeber

MAECENATA Institut  
Linienstraße 139/140, D- 10115 Berlin,  
Tel: +49-30-28 38 79 09,  
Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: [mi@maecenata.eu](mailto:mi@maecenata.eu)

Website: [www.maecenata.eu](http://www.maecenata.eu)

**Redaktion:** Markus Edlefsen

**ISSN (Web)** 1868-1840

**URN:** urn:nbn:de: 0243-032016op907



Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.  
Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/).  
Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

**Haftungsausschluss:** Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

1	Einleitung .....	4
2	Hintergrund: Wissenschaft und Stiftungen um die Jahrhundertwende .....	5
2.1	Die Situation der Wissenschaft und Universitäten Anfang des 20. Jahrhunderts .....	5
2.2	Stiften für wissenschaftliche Zwecke zum Anfang des 20. Jahrhunderts .....	6
2.3	Motive der Stifter .....	7
3	Auf dem Weg zur Universität .....	8
3.1	Die Ausgangssituation und das Stiftungswesen in Frankfurt .....	8
3.2	Der Gründervater der Universität: Franz Adickes .....	9
3.3	Wilhelm Merton und die Akademie für Handels- und Sozialwissenschaften .....	10
3.4	Die Bedeutung der Stiftungen für die Universität Frankfurt .....	12
3.5	Motive und Rolle jüdischer Stifter .....	13
4	Die Errichtung der Frankfurter Universität .....	14
4.1	Der Vorstoß Adickes .....	14
4.2	Verhandlungen mit dem preußischen Staat .....	15
4.3	Der Stiftungsvertrag (1912) .....	18
5.	Zusammenfassende Schlussbetrachtung .....	22
6	Literaturverzeichnis .....	25

# 1 Einleitung

*„Die jüngste und letzte Universitätsgründung im Deutschen Kaiserreich war in vieler Hinsicht etwas Besonderes. Sie war – und blieb – die einzige Stiftungsuniversität, die es in der deutschen Geschichte gegeben hat.“<sup>1</sup>*

In diesem Jahr feiert die Universität Frankfurt ihr 100jähriges Bestehen. Die Gründung der Frankfurter Universität war ein Unikat. 1914 wurde in Frankfurt am Main zum ersten Mal eine rein aus privaten Mitteln Frankfurter Bürger gegründete Stiftungs-Universität eröffnet. Damit gilt die Frankfurter Universität als „eindrucksvolles Beispiel eines Vereins- und Stiftungsnetzwerkes“<sup>2</sup>. Mit 14 Mio. Goldmark war sie neben Berlin die bestausgestattete preußische Hochschule.<sup>3</sup> In Preußen-Deutschland waren Universitäten als „Veranstaltungen des Staates“ etabliert. Die Frankfurter Bürgerschaft positionierte sich mit der Idee einer Stiftungsuniversität scheinbar eindeutig dagegen: War sie etwa bewusst als „gestifteter Protest“ gegen die preußische Staatsgewalt und deren „Universitätsmonopol“ vorgesehen?

Die vorliegende Hausarbeit soll versuchen, auf diese Frage eine Antwort zu geben. Dazu soll zunächst anhand eines kurzen Abrisses die Situation der Wissenschaften und Stiftungen im Kaiserreich gegeben werden. Anschließend wird speziell die Ausgangslage in Frankfurt beleuchtet werden. Die folgende Vorgeschichte zur Gründung der Universität soll aufgrund des Umfangs dieser Arbeit lediglich an den wichtigsten Personen und Gründungs-Instituten festgemacht werden. Insbesondere die Rolle der (jüdischen) Stiftungen wird hierbei hervorgehoben. Der nächste Teil der Arbeit stellt die Verhandlungen und Diskussionspunkte mit dem preußischen Staat vor. Dabei wird insbesondere der erste Bericht des Frankfurter Oberbürgermeisters Adickes 1909 an das Kultusministerium zwecks Gründung einer Universität analysiert. Die Vorstellung der Denkschrift und des Stiftungsvertrags von 1912 bilden den Abschluss dieser Arbeit. Abschließend soll mit einer zusammenfassenden Schlussbetrachtung die Gründung der Stiftungsuniversität Frankfurt<sup>4</sup> beurteilt werden.

---

<sup>1</sup> Hammerstein, Notker: Die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. Band 1: Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule: 1914-1950, Göttingen 2012, S. 17.

<sup>2</sup> Roth, Ralf: Jüdische Stiftungsaktivitäten und Universitätsgründungen: Die Beispiele Frankfurt und Hamburg. In: Thomas Adam, Manuel Frey, Graf Rupert Strachwitz (Hg.): Stiftungen seit 1800. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 2009, S. 166.

<sup>3</sup> Bei den „spektakuläre Großstiftungen“ entfielen 1908 bis 1914 auf die Universität Frankfurt allein 17 Mio. Mark. Zusammen mit den 14 Mio. für die Kaiser-Wilhelm Gesellschaft waren das über 75 % der Spendengelder dieser letzten Vorkriegsjahre (Vgl. Spenkuch, Hartwin: Bürgersinn und Staatshoheit. Stiftungen und Schenkungen für wissenschaftliche Zwecke 1890-1918. In: Wolfgang Neugebauer (Hg.): Kulturstaat und Bürgergesellschaft: Preußen, Deutschland und Europa im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Berlin 2010, S. 244).

<sup>4</sup> Befasst man sich mit der Gründungsgeschichte der Universität, so kann man zwei Grundlagenwerke benennen, die auch in so gut wie aller neueren Literatur zur Gründung der Universität vielfach zitiert werden. Zum einen ist „Die Gründung der Universität Frankfurt“ verfasst von Richard Wachsmuth hervorzuheben. Wachsmuth gibt als erster Rektor der Universität und Professor für Experimentalphysik als Zeitzeuge einen mit zahlreichen Original-Quellen versehenen umfangreichen Überblick über die Gründungsgeschichte der Frankfurter Universität. Das zweite Standardwerk wurde 1972 von dem Historiker und Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Frankfurt Paul Kluge verfasst und trägt den Titel „Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914-1932“.

## 2 Hintergrund: Wissenschaft und Stiftungen um die Jahrhundertwende

### 2.1 Die Situation der Wissenschaft und Universitäten Anfang des 20. Jahrhunderts

Im preußischen Kaiserreich etablierte sich von Anfang an die Idee, dass Bildung und Wissenschaft unter staatlicher Aufsicht zu beaufsichtigen und zu fördern sei. Diese Idee gipfelte schließlich in der Vorstellung, dass nur der Staat mit seiner Ordnung und seiner Bürokratie in der Lage sei, die Wissenschaft von den „Gefahren“ von außen zu schützen sei.<sup>5</sup> Die Bindung der Wissenschaft an das politische und gesellschaftliche System war sehr stark geworden, da die Universitäten zu diesem Zeitpunkt die Hauptfunktion hatten, zukünftige Staatsbeamte auszubilden.<sup>6</sup> Wissenschaft und ihre Förderung waren Staatsaufgabe: Hochschulen waren gemäß dem preußischen allgemeinem Landrecht bereits seit 1794 staatliche Anstalten und ihre Professoren beamtet.<sup>7</sup> Paul Kluge spricht von einer „engen Symbiose“<sup>8</sup> zwischen staatlicher und akademischer Seite, die je länger sie dauerte „je weniger von einer der beiden Seiten als Last empfunden“<sup>9</sup> wurde. So hatte sich der Großteil der Wissenschaftler mit dem preußischen System verbunden, bot es doch optimale Arbeitsbedingungen und gesellschaftliches Prestige, wie es sie bisher nicht gegeben hatte.<sup>10</sup> Maßgeblich an der Gestaltung des preußischen Universitätswesens beteiligt war der Direktor im preußischen Kultusministeriums<sup>11</sup>, Friedrich Theodor Althoff (1839-1908), unter dessen tonangebendem Einfluss die staatliche Mitwirkung am Universitätswesen ausgebaut wurde. Diese auch „System Althoff“ (1882 – 1907) genannte Phase basiert auf „staatlicher Grundfinanzierung und mäzenatischer Mittelerschließung“<sup>12</sup>; allerdings griff Althoff auch aktiv in die Berufungspolitik der Universitäten ein, in dem er diese zu einem staatlichen Vorrecht machte.

---

<sup>5</sup>Namentlich: „dem Druck der Weltanschauungsparteien – also im Kaiserreiche des Zentrums und der Sozialdemokratie – und der organisierten Massen sowie den Interessen des Kapitals.“ (Gall, Lothar: Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Wissenschaften in Deutschland um 1900. In: Helmut Coing u.a. (Hg.): Wissenschaftsgeschichte seit 1900. 75 Jahre Universität Frankfurt, Frankfurt 1992, S.16).

<sup>6</sup> Vgl. <http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/wissenschaft/index.html>, 29. Mai 2014.

<sup>7</sup> Vgl. Spenkuch, 210, S. 251 f.

<sup>8</sup> Spannend ist zu betrachten, wie sich in diese „Symbiose“ zwischen Staat und Wissenschaft die Stiftung fügt: „... Stiftungen sind in mehrfacher Hinsicht Indikatoren: für das Verhältnis von Bürgern und Gemeinwesen, für den Wandel von Wissenschaftsförderung aufgrund geänderter Rahmenbedingungen wie infolge disziplinärer Entwicklungen, insgesamt für das Verhältnis von Wissenschaft, Staat und Gesellschaft.“ (Spenkuch, 2010, S. 242).

<sup>9</sup> Kluge, Paul: Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914-1932, Frankfurt 1972, S. 13.

<sup>10</sup> Vgl. Gall, 1992, S. 24 f.

<sup>11</sup> Preußen etablierte 1817 als einer der ersten Staaten in Europa ein eigenständiges Kultusministerium. Inhaltlich widmete sich das Ministerium bis 1914 vor allem den Bereichen Bildung, Erziehung und Wissenschaft. (Vgl. Holtz, Bärbel: Preußens Kulturstaatlichkeit im langen 19. Jahrhundert im Fokus seines Kultusministeriums. In: Wolfgang Neugebauer (Hg.): Kulturstaat und Bürgergesellschaft: Preußen, Deutschland und Europa im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Berlin 2010, S. 58).

<sup>12</sup> von Bruch, Rüdiger: Kulturstaat und Kulturnation in der deutschen Kaiserzeit. In: Wolfgang Neugebauer (Hg.): Kulturstaat und Bürgergesellschaft: Preußen, Deutschland und Europa im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Berlin 2010, S. 49. Zusammenfassend stellt von Bruch fest: „Pointiert zugespitzt. Althoff machte das Wissenschaftssystem groß und die Professoren klein.“ (Ebd.).

Insbesondere durch die Ausweitung der naturwissenschaftlichen Forschungen im Zeitalter der Hochindustrialisierung wurden an den Universitäten und Forschungsinstituten die finanziellen Grenzen für den Staat erreicht. Private Geldgeber gerieten zunehmend in den Fokus. Gerade die nicht staatlichen amerikanischen Universitäten gefördert durch großzügige Stiftungen amerikanischer Wirtschaftsmagnate (zum Beispiel Rockefeller Foundation) waren auch für deutsche Wissenschaftler ein Beispiel für Fortschritt, der die Grenzen des bisherigen staatlichen deutschen Universitätswesens aufzeigte.<sup>13</sup> Mit der Gründung der Kaiser-Wilhelm Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (KWG) im Jahre 1911 wollte man die deutsche Forschungsarbeit auf eine solide Grundlage der preußischen Staatsverwaltung stellen und somit auch im Zeitalter des wachsenden Nationalismus ein Zeichen setzen – gekoppelt an eine größtenteils privaten Finanzierung. So fasst Adolf von Harnack, erster Präsident der KWG zusammen: „Die Wissenschaft ist in ihrem Betriebe an einem Punkt angelangt, an welchen der Staat allein für ihre Bedürfnisse nicht mehr aufzukommen vermag. Eine Kooperation des Staates und privater kapitalkräftiger Bürger ist ins Auge zu fassen.“<sup>14</sup> Mit diesen Sätzen wird die Entstehung der Stiftungsuniversität Frankfurt quasi vorweggenommen, wenn auch „ehrentvoll unter das Protektorat des Staatsoberhauptes gestellt und damit doch für den Staat eingefangen.“<sup>15</sup> Um eine Beeinflussung der Freiheit von Forschung und Lehre durch die privaten Geldgeber nicht befürchten zu müssen, sollte die KWG auch durch staatliche Hilfe gefördert werden, etwa durch das zur Verfügung stellen von Grundstücken und Schaffung von Beamtenstellen.

## **2.2 Stiften für wissenschaftliche Zwecke zum Anfang des 20. Jahrhunderts**

Gerade um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und dem zu dieser Zeit gegebenen wirtschaftlichen Aufschwung wurden zahlreiche neue Stiftungen gegründet. „Es scheint, dass die Emanzipation des Bürgertums ebenso wie die der Juden den Gedanken des Stiftens förderte.“<sup>16</sup> Betrachtet man im letzten Vorkriegsjahrzehnt die Anzahl an Stiftungen für wissenschaftliche Zwecke, so machten in diesem Zeitraum Stiftungen an schul-, kunst- und wissenschaftliche Zwecke zwischen 11 und 19 Prozent aus.<sup>17</sup> Insbesondere seit den 1890er Jahren nahm die Anzahl erfolgreicher Kooperationen von Geldspenden aus Wirtschaft, Gelehrten und dem preußischen Staat zu. Auch die Wissenschaftsausgaben des Staates hatten sich zwischen 1850 und 1914 pro Kopf verachtfacht. Der Schwerpunkt der

---

<sup>13</sup> Vgl. Kluge, 1972, S. 16 f.

<sup>14</sup> Zitiert nach Kluge, 1972, S. 17.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Strachwitz, Rupert Graf: Stiftungen im gesellschaftlichen Diskurs. Zur Rezeption und Akzeptanz der Institution Stiftung im 19. und 20. Jahrhundert. In: Thomas Adam, Manuel Frey, Graf Rupert Strachwitz (Hg.): Stiftungen seit 1800. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 2009, S.1.

<sup>17</sup> Spenkuch verweist an dieser Stelle auf eine „rudimentär veröffentlichte Statistik“ bei der auch informelle Schenkungen nicht erfasst sind. (Vgl. Spenkuch, 2010, S. 243).

Mittelzuweisung lag eindeutig bei den Universitäten.<sup>18</sup> Hinzu kam für die private Seite ein gesellschaftlicher Reichtum mit dem wirtschaftlichen Aufschwung hinzu verbunden mit der bürgerlichen Emanzipation, die sich bereits seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert vor allem in größeren Städten zusammen mit einem Trend zur Selbstorganisation der bürgerlichen Gesellschaft beobachten lässt. Es entstanden insbesondere im Bildungs- und Kultursektor zahlreiche Vereine und Stiftungen:<sup>19</sup> „Das alles waren zugleich Akte des sehr bewussten Eintretens in die Traditionen, die bisher vor allem Sache der Höfe, der Landesherren, des Adels gewesen waren (...).“<sup>20</sup> Freies Stiften wurde auch steuerrechtlich durch niedrige Steuersätze begünstigt<sup>21</sup> sowie Schenkungen von „Gebühren und Stempeln“ befreit. Allerdings behielt sich der Staat bereits seit 1833 durch das sogenannte Schenkungsgesetz vor, dass alle relevanten Schenkungen und Stiftungen von über 1000 Talern der Genehmigungspflicht unterlagen. Somit standen Stifter trotz steuerlicher Vorteile letztendlich unter Staatskontrolle.<sup>22</sup> Eine bewusste staatliche Förderung privater Stiftungen speziell zu Gunsten wissenschaftlicher Zwecke lässt sich jedoch nicht erkennen.<sup>23</sup>

### 2.3 Motive der Stifter

Betrachtet man Stiftungen als kulturelle Zeugnisse der Menschheit so kann man drei unterschiedliche Impulse menschlichen Handelns ausmachen: Dazu gehören das Schenkungskonzept, das Erinnerungskonzept und das Bindungskonzept.<sup>24</sup> Spenkuch erwähnt als weitere soziale Ausprägung speziell Ende des 19. Jahrhunderts noch das unterschiedliche Integrationsbestreben des Bürgertums.<sup>25</sup> Insbesondere um den Aufstieg in die bürgerlichen Eliten zu erreichen, wollten vor allem auch Menschen jüdischer Herkunft<sup>26</sup> ihre Assimilation vorantreiben, um den zeitgenössischen weitverbreiteten antisemitischen Tendenzen entgegenzuwirken.

---

<sup>18</sup> Vgl. Spenkuch, 2010, S. 248.

<sup>19</sup> Vgl. Gall, 1992, S. 17.

<sup>20</sup> Ebd. S. 19.

<sup>21</sup> „Niedrige Steuersätze erleichterten Privaten die Akkumulation und schufen den Spielraum für private Gaben.“ (Spenkuch, 2010, S. 250) Allerdings ergänzt auch Spenkuch, dass bei Stiftungserträgen von rund 4 % (mündelsicher Anlagen wie Staats- und Reichsanleihen erbrachten vor 1914 meist nur 3,5 Prozent per annum) keine großen Einflussmöglichkeiten gegeben waren. Nach 1914 sollten die Staatsanleihen in Kriegsanleihen umgewandelt werden, was das deutsche Stiftungswesen in eine prekäre Lage bringen sollte. (Vgl. ebd. S. 262 f).

<sup>22</sup> „Staatliche Aufsicht ist der zentrale Begriff, unter dem die Auseinandersetzung von Staat und Gesellschaft über das kulturelle Phänomen der Stiftung stattfand.“ (Strachwitz, Rupert Graf: Die Stiftung – ein Paradox? Zur Legitimität von Stiftungen in einer politischen Ordnung, Stuttgart 2010, S. 106).

<sup>23</sup> Vgl. Spenkuch, 2010, S. 251.

<sup>24</sup> Vgl. Strachwitz, Rupert Graf: Stiftungswesen. In: Thomas Olk und Birger Hartnuß (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, Weinheim 2009, S. 475 f.

<sup>25</sup> Vgl. Spenkuch, 2010, S. 252.

<sup>26</sup> Roth, Ralf, 2009, S. 161: „Jüdische Stiftungsaktivitäten traten in dieser Zeit deshalb hervor, weil das deutsch-jüdische Bürgertum am Ende des 19. Und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Früchte des Emanzipationsprozesses der Jahrzehnte zuvor erntete.“

„Aus ganz unterschiedlichen Motiven, die von der Optimierung ihrer gesellschaftlichen Anerkennung über religiöse und ethische Beweggründe bis hin zu rationalen politischen Überlegungen reichten, traten im 19. Jahrhundert Vertreter dieser neu entstehenden Eliten verstärkt als Stifter in Erscheinung.“<sup>27</sup> Auch lagen Stiftern starke nationale Motive<sup>28</sup> zu Grunde, da das wilhelminische Zeitalter von imperialistischen Strömungen den „Platz an der Sonne“ auch für Deutschland forderten – nicht nur unter dem Aspekt der Wirtschaft und der Kolonien, sondern auch im Bereich der Wissenschaft. Um Stiften im Sinne des Erinnerungs- und des Bindungskonzepts anzuregen lobte beispielsweise die KWG den Spendern und Stiftern lukrative Prämierungen durch Titel und Orden<sup>29</sup> aber auch Mitspracherechten bei Forschungsaktivitäten aus.<sup>30</sup> Insgesamt lässt sich zu dieser Zeit ein stark saturiertes und nationalistisches Bürgertum beobachten, dass „politisch befriedigt“ und wirtschaftlich erfolgreich war und sich in der Stiftungsarbeit im Bereich der Bildung und Wissenschaften ein „weithin sichtbares Denkmal“ setzen wollte. Und dies nicht etwa, weil es die aktuelle Situation verändern wollte.<sup>31</sup>

### **3 Auf dem Weg zur Universität**

#### **3.1 Die Ausgangssituation und das Stiftungswesen in Frankfurt**

Die Gründung der Universität fällt in ein Zeitalter der Ambivalenzen. Wie auch die Situation der Wissenschaften zeigt, stand der Aufbruch in die Moderne durch das Erstarken des Bürgertums neben der Verankerung in das konservative preußische Staatssystem.<sup>32</sup> Die ersten Pläne zur Gründung einer Universität können in Frankfurt bis in das 18. Jahrhundert zurückverfolgt werden. Allerdings verliefen alle diese Pläne im Sande, da sich im Wesentlichen keine Geldgeber fanden.<sup>33</sup>

Nach der Annexion Preußens 1866 hatte Frankfurt, Sitz der Bundesversammlung des deutschen Bundes, neben ihrer Freiheit als Handelsstadt auch ihre ehemals gesamtdeutsche

---

<sup>27</sup> Strachwitz, 2010, S. 114.

<sup>28</sup> Vgl. Spenkuch, 2010, S. 252 f.

<sup>29</sup> „Neben der Gestaltungsmöglichkeit bildet die öffentliche Anerkennung – man mag spotten: die Ausnutzung verbreiteter menschlicher Eitelkeiten – das zentrale Geheimnis für die Hebung der Spendenfreudigkeit.“ (Spenkuch, 2010, S. 263).

<sup>30</sup> Ebd. S. 251.

<sup>31</sup> Vgl. Kluge, 1972, S. 21. Diese Beschreibung Klukes erscheint recht begrenzt. Auch wenn die Stifter mit ihrer Situation grundsätzlich zufrieden waren, darf man ihnen doch einen speziellen sachlich orientierten Willen unterstellen: „Es bleibt dabei: Drang und Chance, die Zukunft zu gestalten ist Urgrund des Stiftens; die Freiheit dies allein tun zu können, bildet für Stifter einen wesentlichen Antrieb; und die Gewähr der fortdauernden Bindung an den Stifterwillen führt zu der Befriedigung, dem Stiftungsakt innewohnt.“ (Strachwitz, Rupert Graf: Die Stiftung und ihre Idee. Beitrag für das Österreichische Stiftungsjahrbuch 2007, S. 16).

<sup>32</sup> Vgl. Gall, 1992, S. 25 ff.

<sup>33</sup> Vgl. Roth, Ralf: Wilhelm Merton. Ein Weltbürger gründet eine Universität, Frankfurt 2010, S. 130.

Bedeutung und Selbständigkeit verloren.<sup>34</sup> Die Idee einer Universität äußerte sich vor allem nach dem „Schicksalsjahr 1866“<sup>35</sup> akut. Die Pläne für eine Universität waren stets eng mit der Gründung von Stiftungen verbunden, welche die Förderung wissenschaftlicher Forschungen explizit in ihren Stiftungszwecken angaben. Das aufkommende Stiftungswesen<sup>36</sup> schien einem Teil der städtischen Elite geeignet, die ehemals „Freie Stadt Frankfurt“, die auch nach der Annexion von Preußen noch in vielen Köpfen existierte, mit einer Universität zu krönen.<sup>37</sup> Für die Gründung der Universität wurde die Grundausrüstung mit einem breiten Stifterwesen als Argument genutzt.<sup>38</sup> Obwohl Frankfurt inzwischen den Status einer preußischen „Provinzstadt“ besaß, hatte sich zu dem erfolgreichen Handels- und Bankenwesens eine moderne und leistungsstarke Industrie hinzugesellt, die den Reichtum einer wirtschaftlichen Oberschicht begründeten. Viele Mitglieder dieser städtischen Elite unterstützten Kultureinrichtungen wie den Bau des Opernhauses oder das schon existierende Kunstmuseum Städel. Aber auch in den sozialen und wissenschaftlichen Bereichen spielten Stiftungen in Frankfurt schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts eine große Rolle.<sup>39</sup> Es mag auch die städtische Besonderheit einer ehemals freien Stadt eine Rolle gespielt haben.<sup>40</sup>

### 3.2 Der Gründervater der Universität: Franz Adickes

Franz Adickes (1846-1915) wurde 1890 Oberbürgermeister von Frankfurt und beschäftigte sich schon früher mit der Idee einer Hochschule in Frankfurt. Seinem Einsatz und „hervorragender organisatorischer Begabung“<sup>41</sup> ist die Universität Frankfurt im Wesentlichen zu verdanken.<sup>42</sup> Inspiriert wurde Adickes schon zu Beginn seiner Amtszeit von einer

---

<sup>34</sup> Vgl. Grote, Wilhelm: Die neue Universität in Frankfurt am Main. In: Deutsches Philologen-Blatt, Nr. 45, (1914), S. 713. In seinem Artikel vergleicht der Autor die Voraussetzung der Gründung der Frankfurter Universität mit denen der Berliner Universität und stellt fest: „In beiden Fällen gab ein äußerer, aber zugleich geistiger Verlust den ersten Anstoß zu dem Gedanken der Begründung einer Universität.“ (Ebd.).

<sup>35</sup> Adickes, Franz: Persönliche Erinnerung zur Vorgeschichte der Universität Frankfurt am Main, Frankfurt 1915, S. 1. So schreibt der Frankfurter Oberbürgermeister Adickes in seinen Erinnerungen, dass zu dieser Zeit „hier in Frankfurt der Gedanke auftauchte, als Ersatz für den Verlust des Bundestages und der mit ihm gegebenen deutschen und europäischen Stellung in Frankfurt eine Universität zu errichten.“ (Ebd.).

<sup>36</sup> „Es läßt sich zeigen, daß Städte typische Stiftungsorte darstellen, während Umbruchs- Krisen- oder Aufbruchszeiten typische Stiftungszeiten sind. Die Verankerung der Stiftung in der Zeitachse macht sie offenkundig gerade dann attraktiv, wenn Ordnungen zusammenbrechen oder zusammengebrochen sind ebenso wie für Zeiten des Neubeginns. Die hat auch etwas damit zu tun, daß das Stiften oft als Instrument des gesellschaftlichen Aufstiegs gesehen wird.“ (Strachwitz, Rupert Graf: Die Entwicklung des deutschen Stiftungswesens. In: Blätter der Wohlfahrtspflege. Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit, 2 (2007), S. 2).

<sup>37</sup> Vgl. Roth, 2009, S. 162.

<sup>38</sup> Hammerstein, 2012, S. 22: „Die Stadt Frankfurt am Main hat denn auch im Vorfeld der Gründung immer wieder darauf hingewiesen, daß sie in ihren gelehrten und gemeinnützigen Stiftungen den Grundstock einer Universität, gleichsam einen traditionsgewachsenen Anspruch auf eine eigene Hochschule besitzt.“

<sup>39</sup> Vgl. Roth, 2010, S. 127 f.

<sup>40</sup> „Es hat stets als besondere Eigenart Frankfurts gegolten und hat seinen Grund wohl in der alten Selbstverwaltung der Freien Reichsstadt, daß der einzelne Bürger ein werktätiges nimmt und zur Förderung mit oft erheblichen Mitteln beiträgt.“ (Wachsmuth, Richard: Die Errichtung der Akademie und ihre Entwicklung zur Universität. Rede zur Feier des 25. Jahrestages der Eröffnung der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften in Frankfurt am Main. In: Frankfurter Universitätsreden 1926, 24, S. 3).

<sup>41</sup> Grote, 1914, S. 713.

<sup>42</sup> Vertreten wird diese Auffassung auch in der neueren Forschungsliteratur. (Vgl. z.B. Maaser, Michael: „1914“ Die Gründung der Universität Frankfurt am Main. In: Bögen des Universitätsarchivs Frankfurt, 3 (2013), S. 5).

Denkschrift Otto Kanngießers<sup>43</sup>. „(...) so blieb doch der Gedanke der Errichtung einer Universität in Frankfurt immer der leuchtendste aller Sterne, die mich lockten und meinen Weg erhellten.“<sup>44</sup> Adickes wollte mit dem Universitätsprojekt für Frankfurt das Ansehen erhöhen, das durch die Eingliederung Preußens einen Bedeutungsverfall erlitt. „Zugleich sollte dem Wesen der Stadt hierdurch ein neues, belebendes Kulturelement hinzugefügt werden.“<sup>45</sup> Während seiner Amtszeit verfolgte Adickes in Richtung Universität vor allem drei Ziele. Er wollte die politische Mehrheit für die Universitätsgründung erreichen, bereits existierende wissenschaftliche Institute sollten sich einbringen und die notwendigen finanziellen Mittel sollten Bürger, Stiftungen und Unternehmen bereitstellen.<sup>46</sup> Besonders die Gewinnung privater Kapitalgeber sah Adickes als idealen Ausgangspunkt für seine Pläne, hatte sich doch in Frankfurt zu dieser Zeit bereits die „Opferfreudigkeit solcher Stifter“<sup>47</sup> gezeigt und ein breites Stiftungswesen etabliert. In dem Frankfurter Großbürger und Industriellen Wilhelm Merton fand er einen zentralen Stifter und Unterstützer für die Realisierung dieser Pläne.

### **3.3 Wilhelm Merton und die Akademie für Handels- und Sozialwissenschaften**

Der jüdische Unternehmer Wilhelm Merton (1848-1916) unterstützte aus seinem eigenen Vermögen maßgeblich die Gründung der Stiftungsuniversität und ihre Vorläufer-Institute. Selbst durch sein erfolgreiches Unternehmertum zu Wohlstand gelangt, setzte er einen Großteil seines Vermögens für gemeinnützige Zwecke ein. Merton gründete 1891 das „Institut für Gemeinwohl“, das zu einer Keimzelle der späteren Universität wurde. Mit seinem Institut gelang es Merton bereits existierende verschiedenartige soziale Initiativen und private Stiftungen Frankfurt zusammenzuführen.<sup>48</sup> Sein Ziel war es, die trotz des Wohlstands des Bürgertums in Frankfurt existierende Armut mit praktischen sozialen Hilfestellungen zu lindern und darüber hinaus die theoretischen Grundlagen für Nöte des modernen Lebens zu verfolgen. Damit wollte er die geistigen Eliten mit sozialpolitischen Themen schon in der Ausbildung konfrontieren, was er in den bestehenden staatlichen Angeboten nur unzureichend gegeben sah.<sup>49</sup> Auf Basis dieser sozialpolitisch orientierten Einrichtung sollte bald ein weiteres Institut folgen, „welches für die Verwirklichung des Universitätsgedankens ganz besondere Bedeutung erlangen sollte“<sup>50</sup> und den Auftakt für das erfolgreiche Zusammenwirken des

---

<sup>43</sup> 1892 verfasste der Demokrat Otto Kanngießler eine Denkschrift mit dem Titel „Frankfurts Gegenwart und nächste Zukunft“. In dieser schlug er die Zusammenlegung der schon existierenden zahlreichen lokalen Einrichtungen, Stiftungen und Vereine vor um damit den Grundstein für eine städtische Universität zu legen. (Vgl. Gall, Lothar: Franz Adickes. Oberbürgermeister und Universitätsgründer, Frankfurt am Main 2010, S. 74 f).

<sup>44</sup> Adickes, 1915, S. 6.

<sup>45</sup> Wachsmuth, Richard: Die Gründung der Universität Frankfurt, Frankfurt 1929, S. 3.

<sup>46</sup> Vgl. Wachsmuth, 1926, S. 24 f und Maaser, 2013, S. 5.

<sup>47</sup> Wachsmuth, 1926, S. 5.

<sup>48</sup> Vgl. Gall, 2010, S. 91.

<sup>49</sup> Vgl. Hammerstein, 2012, S. 19.

<sup>50</sup> Adickes, 1915, S. 33.

Frankfurter Oberbürgermeister Adickes und des jüdischen Industriellen Wilhelm Merton bildete.<sup>51</sup>

Schon 1897 diskutierte Merton mit Adickes Pläne, ein über die bestehende Frankfurter Handelskammer hinausgehendes Institut zu gründen, das die bisher an den Universitäten vernachlässigte „Soziale Frage“ des modernen Lebens in die Ausbildung mitaufnehmen sollte. Ziel war es unter anderem die Kaufleute als staatlich relevante Gruppe aufzuwerten, was gerade in einer alten Handels- und Bankiersstadt<sup>52</sup> wie Frankfurt von großer Bedeutung war. Adickes war insbesondere von dem Vorbild der Handelshochschule in Leipzig angetan.<sup>53</sup> Merton schlug eine Erweiterung um den Bereich der Sozialwissenschaften vor, um sozialpolitische Kurse für bestimmte Berufsgruppen anbieten zu können. 1901 entstand so schließlich die „Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften“, auch wenn diese Widerstände bei den etablierten Universitäten hervorrief und vom den preußischen Ministerien mit Misstrauen verfolgt wurde.<sup>54</sup> Mit dem Freiwerden der Mittel der Jügel-Stiftung<sup>55</sup>, „diese für die Fortentwicklung der Akademie höchst bedeutsame Stiftung“<sup>56</sup>, war neben der Übernahme der laufenden Kosten durch Merton und den Mitteln der Stadt Frankfurt der erste finanzielle Grundstock gegeben. Die Akademie bildet die entscheidende organisatorische Grundstruktur für die spätere Universität.<sup>57</sup> Um sich „eine weitere Entwicklung der Akademie nach der Seite der Universität hin offen halten“<sup>58</sup> zu können, wurde auch der Lehrkörper ähnlich einer Universität aufgestellt, etwa mit einer Kollegialverfassung und einem Rektor an der Spitze. Bemerkenswert ist auch das oberste Verwaltungsorgan, der sogenannte „Großen Rat“, gebildet aus Vertretern der Stadt, des Stifters und dem Rektor der Akademie. Dieser übernahm die laufenden Geschäfte der Akademie und diente schließlich als Vorbild des Großen Rates der Stiftungsuniversität.<sup>59</sup>

---

<sup>51</sup> „Bei vielen erfolgreichen Stiftungsbegründungen war zu beobachten, dass die Verbindung zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft in der Person der Hauptbeteiligten angesiedelt war, sie quasi personifizierte Mittler darstellten (...)“ (Spenkuch, 2010, S. 260).

<sup>52</sup> Roth, 2009, S. 161: „Nicht zufällig gediehen diese Projekte in größeren Städten. Es waren dabei gerade die Handelsstädte, die über ausgeprägte Netzwerke aus Vereinen und komplexen Stiftungsstrukturen verfügten, in denen diese Vision tatsächlich praktische Bedeutung erlangte.“

<sup>53</sup> Vgl. Hammerstein, 2012, S. 20.

<sup>54</sup> Spenkuch sieht die Handelshochschulen in Deutschland als ein Beispiel für das „konstatierte Spannungsverhältnis zwischen Bürgersinn, Staatshoheit und etablierten Vorstellungen von Wissenschaft.“ (Spenkuch, 2010, S. 254). Interessant ist in diesem Kontext, wie der Zeitgenosse Wachsmuth dieses „Spannungsverhältnis“ dagegen in seiner überschwänglichen Festrede zum 25jährigen Bestehen der Akademie darstellt: „Man darf wohl sagen, daß die neue Gründung vom ersten Tage an sich der wärmsten Förderung von Seiten der Königlichen Staatsregierung zu erfreuen hatte (...)“ (Wachsmuth, 1926, S. 9).

<sup>55</sup> Die Jügel-Stiftung wurde von dem Verleger Carl Christian Jügel initiiert, der seine beiden Söhne überzeugte eine mit zwei Millionen Mark ausgestattete Stiftung für kulturelle und soziale Zwecke zu gründen (s. Roth, 2009, S. 164 f). Dieses Erbe wusste Adickes geschickt für seine Pläne zur Akademie „umzuwidmen“ da es nach dem Erblasser eigentlich für eine Wohltätigkeitsanstalt vorgesehen war. In der Stadtverordnetenversammlung stieß dieses Vorgehen auf heftige Kritik, so dass der Bau des sogenannten Jügelhauses aus dem Erbe vor der Realisierung zunächst mehrfach abgelehnt wurde (Vgl. Wachsmuth, 1926, S. 18 ff).

<sup>56</sup> Adickes, 1915, S. 38.

<sup>57</sup> Vgl. Gall, 2010, S. 79.

<sup>58</sup> Adickes, 1915, S. 36.

<sup>59</sup> Vgl. Hammerstein, 2012, S.20.

### 3.4 Die Bedeutung der Stiftungen für die Universität Frankfurt

Der Erfolg der Akademie ermutigte Adickes weiterreichende Pläne zu verfolgen. Die großzügige Basis privater Spenden und die erfolgreiche Bildung bestehender Einrichtungen suchte er auch für die Gründung einer Universität zu nutzen.<sup>60</sup> Es gelang ihm – zunächst noch für die Ausgestaltung der Akademie – eine Reihe von weiteren Stiftungen zu gewinnen. Darunter sind neben der erwähnten Jügel-Stiftung vor allem die zwei großen kapitalkräftige Stiftungen Dr. Lucius Meister`sche Studienstiftung<sup>61</sup> und die Georg und Franziska Speyer`sche Studienstiftung zu nennen, aber auch viele kleinere Stiftungen und Schenkungen.

Neben dem „sozialwissenschaftlichen Zweig“ einer potentiellen Frankfurter Universität, sah Adickes auch in der Zusammenlegung der bestehenden medizinischen und wissenschaftlichen Anstalten eine Chance auf eine „universitas literarum“<sup>62</sup>. Besondere Bedeutung hatte für Adickes dabei die Senckenberg Stiftung, zu deren Andenken 1817 die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft entstand, die das Frankfurter Stiftungsuniversitätsprojekt auch finanziell maßgeblich vorantreiben sollte: „Alles Leben auf den Gebieten der Medizin und der Naturwissenschaften in Frankfurt geht letzten Endes auf die große Stiftung zurück, welche der hiesige Arzt Johann Christian Senckenberg im Jahr 1763 errichtet.“<sup>63</sup> Das laut Adickes erste nachweisbare Dokument, das den Universitätsgedanken konkret skizziert ist nach seiner Erinnerung<sup>64</sup> ein am 28. Mai 1895 vertraulich an den Magistrat der Stadt Frankfurt gerichteten Schreiben. Der Oberbürgermeister regt in diesem die Gründung einer Universität auf Basis der kürzlich in Frankfurt errichteten Krankenanstalten<sup>65</sup> und mit der Idee der Zusammenlegung vorhandener „höherer Bildungsstätten“ an: „Bekanntlich ist bei mancherlei Anlässen und von verschiedenen Seiten aus schon oft beklagt worden, daß das hiesige geistige Leben der Anregung entbehrt, welche eine Universität zu geben vermag.“<sup>66</sup> Die jährlichen Ausgaben weiß Adickes schon mit 1 Million Mark zu benennen und gibt zu, dass diese Summe „zu welcher der Staat z.Z. keiner Beitrag geben würde“ „viel zu groß ist, um aus der Steuerkraft hiesiger Stadt oder aus den Geschenk und Vermächtnissen

---

<sup>60</sup> Seinen Erfolg als „Fundraiser“, wie man heute sagen würde, begründet Wachsmuth wie folgt: „Er vermochte die hohen Summen zu sammeln, deren er für die Durchführung seiner Pläne bedurfte, indem er den Personen, die er zu seiner Stiftung veranlassen wollte, seine Ideen mit so überzeugender Kraft entwickelte, daß er den Zuhörer mitriß und es ihm wie eine Ehre erschienen ließ, an dem großen Werke mitarbeiten zu dürfen.“ (Wachsmuth, 1926, S. 5).

<sup>61</sup> Die von den Familien Lucius und von Meister 1901 gegründete Stiftung war für die Akademie vorgesehen „in der jetzigen oder künftig zu erweiternden Gestalt“. (Vgl. Wachsmuth, 1926, S. 13).

<sup>62</sup> Adickes, 1915, S.23.

<sup>63</sup> Adickes, 1915, S. 11.

<sup>64</sup> Vgl. ebd. S. 22.

<sup>65</sup> Ausgangspunkt für Adickes Fusionspläne der wissenschaftlichen Einrichtungen war die Tatsache, dass es in Frankfurt zunächst keine städtischen Krankenhäuser gab. Die Armen- und Krankenpflege wurde durch öffentliche mildtätige Stiftungen, Einrichtungen „höchst eigentümlicher Art“ abgedeckt. Aufgrund des steigenden Bedarfs konnte das Stiftungswesen diesen nicht mehr abdecken, so dass in den 1860er Jahren in Sachsenhausen ein neues städtisches Krankenhaus eingerichtet wurde. Unter Adickes erfuhr dieses 1893 eine Erweiterung um eine chirurgische Abteilung. (Vgl. Adickes, 1915, S.17 ff).

<sup>66</sup> Adickes, 1915, S. 23.

bestritten werden zu können.“<sup>67</sup> So verbindet er mit seiner Denkschrift zunächst nur den Wunsch, „entwicklungsfähige wissenschaftliche Institute“<sup>68</sup> aufzusetzen. Doch kündigt Adickes bereits „die mir gelegentlich entgegengetretene Bereitwilligkeit Privater, Geldmittel in beachtenswertem Umfange für medizinischer Institute“<sup>69</sup> zur Verfügung zu stellen, an.

So ermöglichte schließlich der Einsatz des jüdischen Stifterehepaars Georg und Franziska Speyer weiterführende Schritte<sup>70</sup>: Schon 1901 hatte der Bankier Georg Speyer der Akademie zwei Lehrstühle zugesagt. 1909 hinterließ die Witwe Speyer letztendlich 1,5 Millionen Mark für die Akademie, was in Richtung Universität die „ganze Entwicklung ins Rollen brachte“<sup>71</sup>.

### 3.5 Motive und Rolle jüdischer Stifter

Die Gründung der Stiftungsuniversität Frankfurt wurde im Wesentlichen vom städtischen Bürgertum initiiert und getragen.<sup>72</sup> Insbesondere gilt es dabei das Engagement des jüdischen Bürgertums hervorzuheben: Ohne das Engagement von jüdischen Kaufleuten, Bankiers und Großindustriellen hätte der finanzielle Grundstock nicht ausgereicht, eine Universität zu gründen.<sup>73</sup> Schon die Akademie für Handelswissenschaften wurde durch den ebenfalls jüdischen Unternehmer Wilhelm Merton ins Leben gerufen. Viele jüdische Stiftungen schenken oder unterstützen einzelne Professuren: Erst Großspenden wie die Millionenspende der Stiftungen von Franziska Speyer und Georg Speyer 1909 rückte die Gründung der Universität in den Rahmen des Möglichen.<sup>74</sup> Bereits zu Anfang dieser Arbeit wurde im Kapitel 2.3 auf die Integrationsbestrebungen des emanzipierten jüdischen Bürgertums eingegangen. Jüdische Stifter erhofften durch ihr Engagement auch ein Mitspracherecht und die Mitbesetzung von den bisher an staatlichen Universitäten versagten Lehrstühlen.<sup>75</sup> Noch immer waren auch außerhalb der Universitäten Juden von bestimmten Berufsgruppen, etwa im Bereich der höheren Militär- oder Verwaltungslaufbahnen ausgeschlossen: „Mittels einer eigenen Universität für größere Offenheit zu sorgen (...) mußte manchem reizvoll erscheinen.“<sup>76</sup> Die Aktivitäten und Stiftungen des jüdischen Bürgertums

---

<sup>67</sup> Adickes, 1915, S. 23.

<sup>68</sup> Ebd.

<sup>69</sup> Ebd.

<sup>70</sup> Die Bedeutung der Stiftung wird auch in Adickes Erinnerungen deutlich, so lautet das vorletzte Kapitel „Frau Georg Speyer's Tod und der Abschluss des Universitätsvertrages 1909-1912“. (S. Adickes, 1915).

<sup>71</sup> Wachsmuth, 1926, S. 24.

<sup>72</sup> Aufschlussreich wäre sicherlich auch eine Einschätzung Adickes zu diesem Thema gewesen, doch enden seine Erinnerungen mit seinem Tod und dem unvollendeten Satz: „Daß dieses vor allem ohne die reichen Stiftungen...“ (Adickes, 1915, S.55).

<sup>73</sup> Zur Bedeutung jüdischer Stiftungen s. Roth, 2009, S. 166 ff und Hammerstein, 2012, S. 22.

<sup>74</sup> Vgl. Hammerstein, 2012, S. 22. Hammerstein merkt in diesem Zusammenhang an, dass sich das Frankfurter Judentum „zwar im allgemeinen nicht als solches verstand, sondern vielfach getauft als kaiser- und staatstreu deutsches Großbürgertum lebte (...)“ (Ebd.).

<sup>75</sup> Vgl. Strachwitz, 2010, S. 118.

<sup>76</sup> Hammerstein, 2012, S. 22. Demgegenüber lassen sich „christlichen“ Stiftern laut Hammerstein diese Motive nicht unterstellen: „Bei diesen dominierten eher offene Experimentierfreude, wie auch das Bewußtsein alter reichsstädtischer Traditionen.“ (Ebd.).

prägten die Ausgestaltung der Frankfurter Universität ganz entscheidend. So wies die Professorenschaft der Frankfurter Universität schließlich auch einen recht hohen Anteil an jüdischen Gelehrten auf. Auch die gerade erst neu aufgekommenen Sozialwissenschaften sollten eine große Rolle spielen, da vor allem der jüdische Großstifter Wilhelm Merton sich für diese besonders engagierte.<sup>77</sup>

## 4 Die Errichtung der Frankfurter Universität

### 4.1 Der Vorstoß Adickes

Adickes, selbst akademisch gebildet, übernahm nach der Gründung der Akademie zunächst deren Vorsitz.<sup>78</sup> Es schwebten ihm jedoch noch viel weitreichendere Pläne vor: Die Akademie erschien ihm als „ein ergänzungsbedürftiger Torso“<sup>79</sup>, was er Merton gegenüber jedoch zunächst nicht erwähnte, da er dessen Vorzug für die Handels- und Sozialwissenschaften<sup>80</sup> kannte und die Gewährung der großzügigen Gelder nicht versagen wollte. Werbend versuchte er ihn jedoch schon von Anfang an unter Verweis auf gemeinsame Ablehnung der Verstaatlichung des Unterrichtswesens für sein Vorhaben zu gewinnen.<sup>81</sup> So in einem Schreiben vom 3. September 1900:

„Unser Universitätswesen leidet mehr und mehr an der Verstaatlichung; wenn aber Stiftungsgelder den Vermögensstock der neuen Universität bilden, wird es ganz anders möglich sein, auch anderen Elementen und Kreisen Einfluss auf die Gestaltung des Fakultätsunterrichts etc. zu verschaffen. Der große Reichtum, der hier ist, könnte in der Tat das segenreichste schaffen, wenn er Frankfurt zu einem wissenschaftlichen Zentralpunkt des Südwestens machte.“<sup>82</sup>

Anschließend veröffentlichte Adickes am 2. Oktober 1900 eine Denkschrift betitelt mit „Gedanken und Erwägungen betreffs Ausgestaltung des Frankfurter Wissenschaftlichen Instituts zu einer philosophischen Fakultät“, in der er zum ersten Mal gegenüber einem

---

<sup>77</sup> Mertons Institut für Gemeinwohl war letztendlich als einzige Stiftung mit fünf Vertretern im Großen Rat der Universität vertreten. (Vgl. Roth, 2010, S. 156).

<sup>78</sup> Wilhelm Merton suchte im Gegensatz zu Adickes wenig die Öffentlichkeit und verzichtete auf den Vorsitz im Großen Rat der Akademie. Wachsmuth charakterisiert ihn wie folgt: „große Einfachheit und Bescheidenheit seines Auftretens, die Klarheit und Unbeirrbarkeit seines Urteils und die Feinheit seines sozialen Gewissens.“ (Wachsmuth, 1926, S. 7). Merton war schon kurz nach der Gründung der Akademie mit der Ausgestaltung der Lehrinhalte unzufrieden, da aus seiner Sicht die Sozialwissenschaften zu kurz kamen. Dies führte auch zu Auseinandersetzungen mit Adickes, so dass sich Merton sogar entschied, seinen entscheidenden finanziellen Beitrag für den Betrieb der Akademie zu kürzen. Letztendlich kam es jedoch noch zur Aussprache im März 1903, mit dieser erklärte sich Merton bereit Adickes Pläne zur Ausweitung der Akademie finanziell zu unterstützen. (Vgl. Roth, 2010, S. 142 f).

<sup>79</sup> Wachsmuth, 1926, S. 12.

<sup>80</sup> Merton verfolgte im Gegensatz zu Adickes jenseits von aller Akademisierung jedoch stets eine starke Praxisorientierung und das Ziel, Beamte und vor allem Kaufleute für ihre praktische Arbeit mit dem Sozialen zu schulen. Die Stadt sollte lediglich dieses Vorhaben unterstützen. (Vgl. Gall, 2010, S.85).

<sup>81</sup> Vgl. ebd. S. 76.

<sup>82</sup> Brief Franz Adickes an Wilhelm Merton zitiert nach Wachsmuth, 1929, S. 21.

größeren Kreis die Begründung einer universitären Einrichtung hervorgehend aus den wissenschaftlichen Anstalten Frankfurts anregt.<sup>83</sup> Adickes setzt das Ziel einer Universität in weite Ferne, betont aber dennoch: „Trotzdem dürfte es richtig und geboten sein, dieses Ziel fortgesetzt im Auge zu behalten.“<sup>84</sup> Über die Gewährung größerer Summen und Unterhalt durch den Staat macht sich auch hier Adickes keine Illusionen, wenn er auch die Hoffnung hegt „für einzelne hier zu errichtende wissenschaftliche Anstalten Staatsmittel flüchtig zu machen“<sup>85</sup>. Adickes appelliert daher auch in seiner Denkschrift eindeutig wieder an den Lokalpatriotismus der Stifter<sup>86</sup> als Geldgeber der Stadt Frankfurt:

„Der oft bewährte Frankfurter Bürgersinn kann sich aber umso herrlicher betätigen, und keine Zuwendung kann für die künftige Entwicklung der Vaterstadt so unübersehbare heilbringende Wirkungen herbeiführen, als die Stiftung von Mitteln für eine philosophische Fakultät als den Krystallisationspunkt für die Angliederung weiterer Fakultäten bis zum Aufbau einer Universität.“<sup>87</sup>

1907 konnte Adickes als ersten Schritt die Vereinigung der naturwissenschaftlichen Senckenberg-Institute mit der Akademie und den Mitteln der Jügel-Stiftung – zunächst räumlich durch einen gemeinsamen Neubau in Bockenheim – erreichen, „durch welchen das Leben und Wirken der naturwissenschaftlichen Vereine auf eine neue Grundlage gestellt und der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften neue Möglichkeiten weitere Entfaltung eröffnet wurden“<sup>88</sup>.

## 4.2 Verhandlungen mit dem preußischen Staat

Kritische Stimmen zu den Plänen einer Frankfurter Stiftungsuniversität gab es von Anfang an reichlich.<sup>89</sup> Schon früh bemühte sich Adickes um engen Kontakt zur Berliner Regierung: „Es war mir von vorneherein klar, daß alle Fragen, welche in irgend einem Zusammenhang mit Universität standen, nur in engem Zusammen mit dem preußischen Kulturministerium erfolgreich gefördert werden könnten.“<sup>90</sup> Gerade aus heutiger Sicht wird deutlich: Ohne das

---

<sup>83</sup> Vgl. Adickes, 1915, S. 37.

<sup>84</sup> Wachsmuth, 1929, S. 138.

<sup>85</sup> Ebd.

<sup>86</sup> Adickes verweist neben den Vorteilen einer gestifteten Universität auch auf das Erinnerungsmotiv und den Vorteil für die Stifter selbst: „Die Bezeichnung: „Studienstiftung der Familie X.“ würde zugleich – was nur als im höchsten Maße erwünscht bezeichnet werden kann – den Namen der hochherzigen Stifter dauernd künftigen Geschlechtern übermitteln.“ (Ebd. S. 142)

<sup>87</sup> Ebd.

<sup>88</sup> Adickes, 1915, S. 47.

<sup>89</sup> Vgl. Spenkuch, 2010, S. 254. Aufgrund des Fokus dieser Arbeit soll hier nicht auf die Widerstände in der Frankfurter Stadtverordnetensammlung oder den Widerhall in der Presse und den Protest der Konkurrenz befürchtenden Nachbaruniversitäten wie Marburg eingegangen werden. Der Tenor lautete bei diesen Gegenstimmen meist: Frankfurt brauche keine eigene Universität, vor allem keine an traditionellen preußischen Strukturen orientierte. (Vgl. Gall, 2010, S. 107).

<sup>90</sup> Adickes, 1915, S. 7.

Wohlwollen der preußischen Ministerialbürokratie und die Unterstützung hätte die Gründung der Universität nicht gelingen können.<sup>91</sup>

Nach preußischem Recht waren Universitäten „Veranstaltungen des Staates“, wohingegen die Frankfurter Initiative zunächst deutlich andere Wege gehen wollte. Dies zerschlug sich jedoch im Laufe der Verhandlungen schon recht bald<sup>92</sup>, so dass die Frankfurter Pläne abgesehen von der selbständigen Vermögensverwaltung und die Mitsprache bei der Besetzung von Lehrstühlen denen anderer preußischen Universitäten im Wesentlichen glichen.<sup>93</sup> Im preußischen Abgeordnetenhaus, namentlich im Kultusministerium, hatte Adickes in der Person des Kultusministers August von Trott zu Solz (1855-1938) zwar einen Sympathisanten<sup>94</sup> für seine Pläne gefunden.<sup>95</sup> Dennoch empfahl Trott zu Solz Adickes deutlich, „die wesentlichen Grundlagen der preußischen Universitätsverfassung festzuhalten, da sonst die erbetene Errichtung einer Universität durch Königliche Verordnung unmöglich sei“<sup>96</sup>.

Im Dezember 1909 berichtete Adickes dem preußischen Kultusministerium über die „Verhandlungen wegen Begründung einer Universität“<sup>97</sup> und bittet darin um „wohlwollende Prüfung“<sup>98</sup> seines avisierten Stiftungsprojekts. Er betont in seinen Ausführungen, dass bereits nach 1866 in Frankfurt die Idee aufkam, dass „ein Ersatz für den Verlust des Bundestages nur in der Begründung einer Hochschule gefunden werden könne“<sup>99</sup>. Adickes verweist auf das bürgerschaftliche Engagement, dass die verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen und kulturellen Einrichtungen alle allein trage, da Frankfurt im Gegensatz zu anderen staatlich subventionierten Städten „lediglich auf die eigene finanzielle Kraft angewiesen ist“<sup>100</sup>. Er attestiert den bürgerlichen Stiftern Frankfurts „eine nicht hoch genug anzuerkennende Opferwilligkeit“<sup>101</sup>. Dahingegen habe der preußische Staat dazu bisher noch nicht allzu viel beigetragen. Zwar wurde die Akademie für Handels- und Sozialwissenschaften in gewisser Weise zwar staatlich anerkannt, doch äußert Adickes den klaren Wunsch nach einer Anerkennung und Verleihung von Universitätsrechten, nicht jedoch die finanzielle

---

<sup>91</sup> Vgl. Hammerstein, 2012, S. 24 f.

<sup>92</sup> „Jede Vorstellung einer nur von den Plänen ihrer Stifter abhängigen Universität, sie sie in den Vereinigten Staaten durchaus rechtsfähig ist, zerstörte Oberbürgermeister Adickes, als er (...)den §1 des 12. Titels vorlas, in dem es heißt: „die Universitäten sind Veranstaltungen des Staates.“ (Wachsmuth, 1929, S. 2).

<sup>93</sup> Vgl. ebd. S. 63 f.

<sup>94</sup> Dennoch suchte Trott zu Solz etwa in seine „Neutralität“ nach außen zu verteidigen, so etwa in der Rede im preußischen Abgeordnetenhaus im März 1912: „Die Sirenentöne der Stadt Frankfurt haben mich nicht betört.“ (Ebd. S. 235).

<sup>95</sup> Vgl. Gall, 2010, S. 104.

<sup>96</sup> Wachsmuth, 1929, S. 215.

<sup>97</sup> Vollständig nachzulesen ebd. S.160-165.

<sup>98</sup> Ebd. S. 165.

<sup>99</sup> Ebd. S. 161.

<sup>100</sup> Ebd. S. 162.

<sup>101</sup> Ebd.

Unterstützung. „Keine finanzielle Beihilfe, nur Anerkennung und Verleihung der Universitätsrechte ist es, was erbeten werden soll.“<sup>102</sup> Adickes argumentiert neben der „gegenwärtigen Überfüllung der meisten reichsdeutschen Universitäten“<sup>103</sup> insbesondere mit der Konkurrenz ausländischer Universitäten, die durch bessere Kapitalausstattung die deutsche Bildungslandschaft zu überflügeln drohen, da die Deckung des Bedarfs der Hochschulen immer schwieriger vom Staat aufzubringen sei. Demnach sei man mit der Frankfurter Initiative genau auf dem richtigen Weg: „Eine Entlastung des Staates in Bezug auf die Befriedigung der wissenschaftlichen und sonstigen universitären Anforderung entspricht daher einem dringlichen staatlichen Interesse.“<sup>104</sup> Weiterhin befürchtet Adickes einen Rückzug privater Stifter und Spender „wenn vom Standpunkt eines Staatsmonopoles aus dem von privater Opferwilligkeit geschaffenen Werk die unentbehrliche staatliche Anerkennung versagt würde.“<sup>105</sup> Adickes, der sich auf die Freiheit der Lehre nach Humboldt beruft, macht dennoch deutlich „daß eine sogenannte freie Universität in dem belgisch- französischen Sinne nicht in Frage steht, sondern nur eine der Aufsicht des Königlichen Ministeriums unterstellte“<sup>106</sup>.

Das im September 1911 einberufene zweitägige Treffen von Vertretern der preußischen Regierung mit Frankfurter Abgeordneten zeigte jedoch, dass es neben der Grundfrage der Finanzierung vor allem um die Stellung der geplanten Universität im preußischen Staat ging. Insbesondere die Besetzung der Professorenstellen an der Stiftungsuniversität wurden heftig diskutiert, wollte sich doch der preußische Staat dieses Grundrecht vorenthalten. Als Kompromiss wurde schließlich entschieden, dass der Berufungsvorschlag von den Fakultäten ausgehen solle unter Zustimmung des Verwaltungsausschusses als Mittler zum Ministerium.<sup>107</sup> Weiterhin bemängelte der Staat eine Finanzierungslücke in Höhe von 6 Millionen Mark.<sup>108</sup> Diese „sehr wesentlich gesteigerten Anforderungen des Finanzministeriums“<sup>109</sup> konnten jedoch bis Ende 1912 erfüllt werden: innerhalb weniger Wochen wurden durch neugegründete Stiftungen und Sammlungen die beachtenswerte Summe zusammengetragen werden. Rund ein Drittel der Schenkungen kam von jüdischen Bürgern zusammen.<sup>110</sup>

Welche Unterstützung Trott zu Solz der Frankfurter Idee zollte, macht seine Rede im Preußischen Abgeordneten-Haus vom 27. März 1912 deutlich.<sup>111</sup> In dieser spricht er sich

---

<sup>102</sup> Ebd.

<sup>103</sup> Ebd. S. 163.

<sup>104</sup> Ebd.

<sup>105</sup> Ebd.

<sup>106</sup> Ebd. S. 164.

<sup>107</sup> Vgl. Gall, 2010, S. 109.

<sup>108</sup> Diese konnte durch die wirtschaftliche Oberschicht Frankfurts schnell geschlossen werden: Insgesamt stifteten 73 Personen bis 1914 einen Gesamtbetrag von 20 Millionen Mark. (Vgl. Roth, 2010, S. 152).

<sup>109</sup> Wachsmuth, 1926, S. 27.

<sup>110</sup> Vgl. Roth, 2009, S. 167.

<sup>111</sup> Vollständig nachzulesen in Wachsmuth, 1929, S. 230-235.

ausdrücklich dafür aus, dass die Genehmigung der Frankfurter Universität Angelegenheit des Königs sei. Mit diesem Schachzug gelang es ihm schließlich, die Abstimmung im preußischen Parlament zu umgehen, die womöglich zu einer Ablehnung des ganzen Projekts geführt hätte. Trott zu Solz betont, dass auch für Frankfurt die gleichen Auflagen wie für andere Universitäten des preußischen Staates gelten müssen und die Errichtung der Universität letztendlich eine königliche Entscheidung und nicht eine der Stadt Frankfurt bleiben muss: „Ohne das würde ich meine Hand nicht dazu bieten, den Wünschen der Frankfurter zu entsprechen.“<sup>112</sup> Auch gegen die Vormachtstellung der kapitalgebenden Stiftungen positioniert sich Trott zu Solz im Sinne der staatlichen Vormachtstellung: „Selbstverständlich müssten sichere Kautelen dagegen geschaffen werden, daß die Geldgeber nicht irgend welchen Einfluß ausüben können auf die Besetzung der Lehrstühle.“<sup>113</sup> Das kritisierte geplante Kuratorium als Aufsichtsorgan der Stiftungsuniversität, das laut Ansicht der Kritiker „auch staatliche Rechte wahrnehmen soll“<sup>114</sup> entkräftet Trott zu Solz. Er merkt an, dass dieses Kuratorium nur die „finanziellen und äußeren Verhältnisse der zukünftigen Universität Frankfurt zu regeln“ habe, die „Rechte des Staates“ aber weiterhin vom Minister übernommen würden. Auch die Garantie einer Finanzierung stellt Trott zu Solz sicher: „Die Etats die zum Zweck der Prüfung vorläufig aufgestellt worden sind, sind sehr reichlich bemessen, die nötigen Summen sind vorhanden.“<sup>115</sup> Trotz aller grundsätzlichen Gleichheit gegenüber anderen Universitäten verweist Trott zu Solz auf die Besonderheit der Stiftungsuniversität: „Das schließt natürlich nicht aus, daß man in nicht grundsätzlichen Dingen den besonderen Verhältnissen Rechnung tragen kann.“<sup>116</sup> Mit seiner Argumentation erreichte Trott zu Solz schließlich tatsächlich die königliche Vorlage der Frankfurter Universitätspläne.

### **4.3 Der Stiftungsvertrag (1912)**

Mit seiner finalen am Februar 1911 datierten „Denkschrift über die Begründung einer Stiftungs-Universität in Frankfurt a. M.“<sup>117</sup> für die Stadtverordnetenversammlung fasste Adickes schließlich sein Gesamtkonzept der Stiftungsuniversität zusammen. Diese Denkschrift wurde die Grundlage des Gründungsvertrags der Universität 1912.<sup>118</sup> Sie wurde in enger Zusammenarbeit mit allen mitwirkenden Frankfurter Stiftungen, Vereinen und Instituten erstellt und auch von diesen unterzeichnet.<sup>119</sup> Laut der Denkschrift handele es sich bei der Frankfurter

---

<sup>112</sup> Wachsmuth, 1929, S. 232.

<sup>113</sup> Ebd. S. 233.

<sup>114</sup> Ebd.

<sup>115</sup> Ebd. S. 234.

<sup>116</sup> Ebd.

<sup>117</sup> Vollständig nachzulesen in Wachsmuth, 1929, S.171-191.

<sup>118</sup> Vgl. Wachsmuth, 1926, S. 25.

<sup>119</sup> Dazu gehörten: Magistrat und Institute für Gemeinwohl, Verwaltungsausschuss und Rektor der Akademie, Georg und Franziska Speyer'sche Studienstiftung, Dr. Senckenbergische Stiftung, C. Chr. Jügel-Stiftung, Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft und Physikalischer Verein, Th. Sternsches Medizinisches Institut, Neurologisches Institut, Carolinum. (Vgl. Wachsmuth, 1929, S. 66).

Stiftungsuniversität „um eine, staatlicher Genehmigung bedürftige Begründung einer privilegierten Korporation oder Stiftung, deren Mittel der Unterhaltung und dem Betriebe einer Universität nebst Handelshochschule zu dienen bestimmt sind“.<sup>120</sup> Diese Korporation habe sich auf einem Stiftungsvertrag zwischen der Stadtverwaltung und den beteiligten Institutionen und Stiftungen zu begründen.<sup>121</sup> Neben den an preußischen Universitäten üblichen Organen kündigt Adickes analog zur Akademie für Handels- und Sozialwissenschaften „den besonderen Verhältnissen der zu begründenden Stiftungs-Universität gemäß“<sup>122</sup> einen Großen Rat und ein Kuratorium als Verwaltungsausschuss an. Trotz aller Übereinstimmung mit den preußischen Gesetzen umschiffte die Denkschrift auch zum Teil elegant die staatliche Mitsprache: „Für einen staatlichen Universitätskurator dürfte an dieser Stiftungs-Universität mit den oben genannten Verwaltungsorganen kein Platz sein.“<sup>123</sup> Adickes fasst die „Win-Win“ Situation für den Staat wie folgt zusammen: „Die auf dem Grund vorstehenden Ausführungen zu begründende Stiftungs-Universität stellt ein neues Gebilde im deutschen Universitätswesen dar. Der Staat scheidet als Geldgeber aus, behält aber die Rechte und den Einfluß, die ihm auf dem Gebiet des Unterrichtwesens gebühren.“<sup>124</sup> Adickes stellt damit die Rolle des Staates damit eindeutig nicht in Frage. Er verweist auf die Tatsache, dass in anderen Ländern „namentlich Nord-Amerika“ „die Begründung von Universitäten durch Stiftungen etwas gewöhnliches ist“<sup>125</sup> und prophezeit, dass durch die wachsende Aufwände für das Bildungswesen „das bisherige System der rein staatlichen Begründung und Ausstattung der Universitäten zu finanziellen Schwierigkeiten führen müsse.“<sup>126</sup> Auch verweist die Denkschrift darauf, dass auch die Forschungsaktivitäten der Kaiser-Wilhelm Gesellschaft durch die „Beihilfe des deutschen Bürgertums“<sup>127</sup> profitiert hat und auch für der „Forschung und Lehre zugleich gewidmeten Anstalten“ das „werktätige und opferwillige Eintreten unseres Bürgertums von nicht minderer Bedeutung ist“<sup>128</sup>. Zugleich sagt die Denkschrift voraus, dass die Anerkennung als Stiftungsuniversität das Engagement der Bürger weiter vorantreiben könnte, dagegen: „Eine Versagung dieser Anerkennung würde wie ein eisiger Reif auf alle des Aufbrechens harrender Blätter fallen, unzählige kostbare Lebenskeime vernichten und als ein schwerer Schlag für die weitere gedeihliche Entwicklung der Stadt Frankfurt a.M. empfunden werden.“<sup>129</sup>

---

<sup>120</sup> Wachsmuth, 1929, S.189.

<sup>121</sup> Ausschließlich die Akademie musste in der Universität aufgehen, alle anderen Organisationen blieben in ihrer Selbstständigkeit bestehen. (Vgl. ebd. S.66).

<sup>122</sup> Ebd. S. 190.

<sup>123</sup> Ebd.

<sup>124</sup> Ebd.

<sup>125</sup> Ebd. S. 191.

<sup>126</sup> Ebd.

<sup>127</sup> Ebd.

<sup>128</sup> Ebd.

<sup>129</sup> Ebd.

Nachdem die Denkschrift durch die Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich anerkannt wurde<sup>130</sup> und die preußische Regierung nach Verhandlungen mit den Plänen einverstanden war, konnte der Stiftungsvertrag aufgesetzt werden.

Im zur Vorlage an den Kultusminister verfassten Stiftungsvertrag<sup>131</sup> werden die beteiligten Stifter der Universität genannt. Die Stadt Frankfurt, die Stiftungen und Gesellschaften erklären sich laut Vertrag dazu, ihre verschiedenen Lehr und Forschungseinrichtungen für Universitätszwecke zur Verfügung zu stellen und den dauernden Unterhalt der Universität sicherzustellen.<sup>132</sup> In den folgenden Paragraphen wird neben der Freiheit der Lehre das Tätigkeitsfeld der Universität als Lehr- und Forschungsanstalt vorgestellt. Die Universität verpflichtet sich ganz im Sinne des preußischen Staates dazu, die Ausbildung so auszugestalten, dass die Studenten „zum Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staatsdienstes“<sup>133</sup> befähigt werden. Die Gleichberechtigung jüdischer Gelehrter wird sichergestellt, indem „bei der Besetzung der Lehrstühle und der Stellen der Forschungsinstituten die religiöse oder konfessionelle Stellung in keinem Falle einen Ausschlußgrund bilden“<sup>134</sup>. Als Kernaufgabe wird die Weiterentwicklung der bestehenden Handelswissenschaften hervorgehoben. Ausdrücklich betont der Vertrag in §5: „Die Universität wird eine Veranstaltung des Staates im Sinne des §§ 1,2, 67 ff. II 12 des Allgemeinen Landrechts sein, die Rechte einer privilegierten Korporation besitzen und in ihren Verhältnissen nach den für die sonstigen Universitäten geltenden Grundsätzen durch königliche Satzung geregelt werden.“<sup>135</sup> Es folgt eine Aufzählung der fünf angestrebten Fakultäten: 1. Rechtswissenschaften, 2. Medizin, 3. Philosophie 4. Naturwissenschaften 5. Medizin.<sup>136</sup> Die Verwaltung sollte nach dem Vorbild der Akademie durch einen Großen Rat und einem aus ihm gewählten Verwaltungsausschuss, dem sogenannten Kuratorium erfolgen. Diese neuartige Verfassung ermöglichte es der Stadt die Stiftungen gemeinsam mit der Universitätsverwaltung für alle Finanz- und Satzungsfragen in die Pflicht zu nehmen.<sup>137</sup> Der Große Rat soll aus Vertretern der Stiftungen und der Stadt und dem Rektor der Universität bestehen. Stifterfamilien, Unternehmer und Politiker Frankfurts konnten so die Arbeit der Universität begleiten. Seine Aufgaben sollen die Aufsicht über den Haushalt, Verwaltung von Grundstücken und Eigentum und die Wahl zum Kuratorium sein. Das Kuratorium soll die Verwaltung der Universität nach Vorgaben des Großen Rats übernehmen und auch über die

---

<sup>130</sup> Laut Wachsmuth „gab es heiße Kämpfe zwischen den durch scharfe Polemik erhitzten Gemütern“. (Ebd. S. 68).

<sup>131</sup> Vollständig nachzulesen ebd. S. 237-246.

<sup>132</sup> Vgl. ebd. S. 237.

<sup>133</sup> Ebd.

<sup>134</sup> Ebd. S. 238.

<sup>135</sup> Ebd.

<sup>136</sup> „Bei der verhältnismäßig starken Besetzung der naturwissenschaftlichen Fächer ergab sich die Abtrennung einer naturwissenschaftlichen von der philosophischen Fakultät – erstmalig in Preußen – fast von selbst.“ (Ebd. S. 74).

<sup>137</sup> Vgl. Hammerstein, 2012, S. 26.

Ausgestaltung des Unterrichts Gutachten zu erstellen und Anregungen für die Ausgestaltung der Lehre zu geben. Der jeweilige Oberbürgermeister ist als der Vorsitzende in beiden Gremien vorgesehen. In dem Vertrag ist weiterhin die Besetzung von Professuren geregelt. Diese erfolgt anhand der Entscheidung aus den Verhandlungen mit dem preußischen Kultusministerium in Abstimmung mit dem Minister. Auch die finanzielle Ausstattung der Universität wird im Stiftungsvertrag geregelt.<sup>138</sup>

Trotz aller Besonderheiten und Zugeständnisse zeigt der Stiftungsvertrag doch deutlich, dass das endgültige Konstrukt der Frankfurter Universität mit dem Gedanken einer „freien Universität“ wie sie etwa in der Denkschrift Kannegießers zum Ausdruck kommt, letztendlich nicht mehr viel zu tun hat. So auch Wachsmuth: „Die Staatsuniversität wie sie schließlich geworden ist, entsprach nicht eigentlich den Wünschen der Frankfurter.“<sup>139</sup>

Im Anschluss an den Stiftungsvertrag wurde schließlich die eigentliche Satzung der Universität erarbeitet: „In der nun festgelegten Fassung wurde die Satzung zum Pendel der Uhr, die den Lauf der Universität regelt. Ihre Unterschrift bedeutete den Anstoß des Pendels. Erst durch sie konnten die Verwaltungsorgane und mit ihnen das ganze, sorgfältig aufgebaute Räderwerk in Tätigkeit treten.“<sup>140</sup> Die Satzung wurde vom Ministerium mehrfach bearbeitet und redigiert, bevor sie dem Kaiser zur Unterschrift vorgelegt wurde.<sup>141</sup> Sie wurde in Anlehnung an den Gründungsvertrag und an die Satzung der Universität Münster, als der am jüngsten errichteten preußischen Hochschule, orientiert verfasst „um dieses nach den besonderen Frankfurter Gegebenheiten sinngemäß umzuformen“<sup>142</sup>. Besonders bemerkenswert in der Satzung hervorzuheben ist die Tatsache, dass alle Stifter von einer halben Millionen einen Sitz im Großen Rat zugesprochen bekamen, Stifter von einer Million Euro und mehr einen Sitz im Kuratorium.<sup>143</sup> In beiden Verwaltungsgremien war der preußische Staat durch einen vom Kultusminister ernannten Kommissar vertreten, jedoch ohne Stimmrecht.<sup>144</sup> „Kluge bezeichnet die Ausgestaltung der Satzung als zusammengerafftes Bild der Universität, „wie es sich uns in dem Aufeinanderwirken der verschiedenartigen Kräfte und Vorstellungen in der Entstehungsgeschichte schon dargestellt hatte“<sup>145</sup>. So wollte sich die Universität durch staatliche Aufsicht „ganz im Einklang“ des gegenwärtigen Verhältnisses von Staat und

---

<sup>138</sup> „Insonderheit erhält die Universität jährlich 75.000 Mark von Seiten der Stadt und 83.000 Mark von Seiten des Instituts für Gemeinwohl. Sodann steht ihr der Zinsgenuß von 248 000 Mark zu, aus Stiftungen in der Höhe von 6,2 Millionen, dazu Renten von jährlich 25 000 Mark. Weitere Stiftungen waren in den nächstfolgenden Jahren fällig.“ (Wachsmuth, 1929, S. 76).

<sup>139</sup> Ebd. S. 1

<sup>140</sup> Ebd. S. 84.

<sup>141</sup> Ebd. S. 83.

<sup>142</sup> Kluge, 1972, S. 143.

<sup>143</sup> Vgl. ebd. S. 145.

<sup>144</sup> Vgl. Kluge, 1972, S. 146.

<sup>145</sup> Kluge, 1972, S. 147.

Gesellschaft in die Reihen der bestehenden Universitäten fühlen, andererseits durch die „beiden ganz eigenartigen Gremien von Großem Rat und Kuratorium“ die Mitspracherechter Frankfurter Institute und privater Stiftungen gewähren und ging damit über die bestehende alte Ordnung hinaus.<sup>146</sup>

Anfang April 1912 legte Adickes schließlich der Stadtverordnetenversammlung den Stiftungsvertrag und den ersten Haushaltsplan für die zu gründende Universität vor. Der Vertrag wurde letztendlich mit 43 gegen 26 Stimmen am 22. April 1912 zugestimmt vorbehaltlich des Vorhandenseins „gewisser ausdrücklich genannter Geldmittel“<sup>147</sup>. Am 18. Mai 1912 wurde die königliche Ordre erlassen, und am 28. September 1912 wurde im Römer in einer feierlichen Sitzung der Stiftungsvertrag unterzeichnet – rechtzeitig bevor der gesundheitlich stark angeschlagene Adickes<sup>148</sup> am 30. September seinen Rücktritt mit einer Abschiedsfeier beschloss. Im August 1913 beschloss der „Große Rat“ der Akademie die Eröffnung der Universität für Oktober 1914 zu beantragen. Am 10. Juni 1914 erteilte Wilhelm II gegengezeichnet von Trott zu Solz seine Genehmigung<sup>149</sup> und legte den 18. Oktober 1914 als Eröffnungstag der Universität fest.<sup>150</sup> „Seine Unterschrift der Universitätssatzung trug das weltgeschichtliche Datum des 1. August.“<sup>151</sup> Am 26. Oktober 1914 konnte schließlich trotz des ersten Weltkriegs „in aller Stille“ die Universität ihren Betrieb aufnehmen - wenn auch nicht in Anwesenheit des Kaisers, dem „die notwendige Verteidigung des Vaterlandes gegen ruchlose Angriffe unserer Feinde dringendere Pflichten auferlegt“<sup>152</sup> hatte.

## 5. Zusammenfassende Schlussbetrachtung

*„In Frankfurt schwärmten weite Kreise lange Zeit von einer sogenannten Freien Universität (...) In beiden Fällen hat über solchen etwas radikalen Überschwang ruhige Besonnenheit zuletzt die Oberhand behalten“*<sup>153</sup>

---

<sup>146</sup> Kluge, 1972, S. 148.

<sup>147</sup> Adickes, 1915, S. 55.

<sup>148</sup> „Den großen Aufregungen und Anstrengungen war selbst die feste Gesundheit dieses Hünen auf Dauer nicht gewachsen.“ (Wachsmuth, 1926, S. 27).

<sup>149</sup> „Noch in der Formensprache der monarchischen Vollgewalt war die erste deutsche Universität, die nicht mehr kirchlicher oder staatlicher Initiative entsprungen ist, begründet worden.“ (Kluge, 1972, S. 148).

<sup>150</sup> Dieser Tag war für den Kaiser persönlich als auch für das Kaiserreich ein wichtiges Datum: Am 18. Oktober hatte Kaiser Wilhelms Vater Friedrich III. Geburtstag, außerdem war es der Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig. (Vgl. Maaser, 2013, S. 10).

<sup>151</sup> Wachsmuth, 1926, S. 31. An diesem Tag erklärte Deutschland Russland den Krieg und trat damit in den 1. Weltkrieg ein.

<sup>152</sup> Vollständiges Glückwunschsreiben des Ministers nachzulesen in Wachsmuth, 1929, S. 255.

<sup>153</sup> Grote, 1914, S. 713.

Die vorgelegte Darstellung macht deutlich, dass die Gründung der Frankfurter Stiftungsuniversität differenziert betrachtet werden muss: Diese erfolgte trotz der Zielsetzungen der Stifter als Vertreter einer aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaft in strikter Orientierung an der bestehenden staatlichen Ordnung. So stellt etwa Lothar Gall fest:

„Die Gründung der Universität Frankfurt war also eine Gründung im Einklang mit ihrer Zeit, mit der Einschätzung der politischen und gesellschaftlichen Stellung und Rolle der Wissenschaft durch die in jener Zeit vorherrschenden Kräfte innerhalb des Bürgertums, innerhalb weiter Kreise der Beamtenschaft und der Parteien. Sie entsprach den Reformervorstellungen der Epoche und ihrer geistigen Aufbruchsstimmung (...)“<sup>154</sup>

Verfolgt man insbesondere die Verhandlungen des maßgeblich die Universität vorantreibenden Oberbürgermeisters Franz Adickes, so wird deutlich, dass er trotz aller Ablehnung eines verstaatlichten Unterrichtswesens ein „Staatsmann“ war, der zwar Sonderrechte für Frankfurt forderte, dennoch in den Verhandlungen mit der preußischen Regierung die Konformität mit der bestehenden staatlichen Ordnung an die erste Stelle setzte: Ohne eine staatliche Genehmigung, hätte die Gründung der Universität niemals erfolgen können.

Dennoch war die Frankfurter Universitätsgründung kein staatshoheitlicher Akt, sondern entstand in seiner bis dato einzigartigen Form dem Einsatz des emanzipierten Frankfurter Bürgertums. In dieser Form nimmt sie über damalige staatlich etablierten Universitäten hinaus eine deutliche Sonderstellung ein: Zum ersten Mal entstand aus privaten Stiftungen und Initiativen heraus in Deutschland eine rein aus privaten Mitteln finanzierte Stiftungs-Universität: mit eigener wirtschaftlicher Grundlage. Auch hatte der preußische Staat ihr aufgrund dieser Finanzierungsform im Stiftungsvertrag einige Selbstverwaltungsrechte insbesondere in Bezug auf Mitsprache der Stifter zugestanden.

Die Gründung als Protest gegen die preußische Staatsmacht auszulegen, erscheint aufgrund der aufgezeigten Entwicklung allerdings etwas zu weit gegriffen. Vielmehr scheint Adickes das Konstrukt der Stiftungsuniversität in erster Linie vorangetrieben zu haben, um die benötigten finanziellen Mittel aufzutreiben. Eine rein aus staatlichen Mitteln finanzierte Universität war aussichtslos, was eine interessante Parallele zu der heutigen staatlichen Stiftungsförderung aufwirft.<sup>155</sup>

---

<sup>154</sup> Gall, 1992, S. 27.

<sup>155</sup> „Dort [die öffentliche, staatliche Anerkennung und Förderung des Stiftungswesens] geht es nicht um die Schaffung von alternativen Ideenbanken sondern um eine Entlastung öffentlicher Haushalte...“ (Strachwitz, Die Stiftung und ihre Idee, 2007, S. 26).

Dennoch verdeutlicht die Gründung der Universität ein gewisses Konfliktpotential zwischen privaten Stiftern und Staat. Die langjährigen Verhandlungen Adickes machen deutlich, dass der preußische Staat dieser Initiative der ehemals freien Reichsstadt doch mit Misstrauen begegnete, welches bis zur Auflösung der Stiftungsuniversität nach dem zweiten Weltkrieg führen sollte.<sup>156</sup> Mit der Rückkehr zur Stiftungsuniversität und der Umwandlung in eine öffentliche-rechtliche Stiftung 2008 konnten die Frankfurter wieder an ihre Tradition anknüpfen:

„Die Freiheit von staatlicher Detailsteuerung ist eine zentrale Voraussetzung für die Verwirklichung von universitärer Exzellenz. Die Goethe-Universität wird in Zukunft über wichtige Punkte ihrer Entwicklung selbst entscheiden können. (...) Von der Stiftung erhoffen wir uns in Zeiten knapper öffentlicher Kassen neue Spielräume für Forschung und Lehre. Wir versprechen uns von ihr auch – Stichwort Bürgeruniversität – eine stärkere Wechselwirkung mit der Gesellschaft.“<sup>157</sup>

Sicherlich hätten die Stifter und Gründer der Universität 1914 diesen Worten zugestimmt.

---

<sup>156</sup> Vgl. Strachwitz, 2010, S. 106.

<sup>157</sup> <http://www.stiftungsuni.uni-frankfurt.de/38072349/stiftungsuniversitaet>, 06. Juni 2014

## 6 Literaturverzeichnis

Adickes, Franz: Persönliche Erinnerung zur Vorgeschichte der Universität Frankfurt am Main, Frankfurt 1915.

Gall, Lothar: Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Wissenschaften in Deutschland um 1900. In: Helmut Coing u.a. (Hg.): Wissenschaftsgeschichte seit 1900. 75 Jahre Universität Frankfurt, Frankfurt 1992, S.9-28.

Gall, Lothar: Franz Adickes. Oberbürgermeister und Universitätsgründer, Frankfurt am Main 2010.

Grote, Wilhelm: Die neue Universität in Frankfurt am Main. In: *Deutsches Philologen-Blatt*, Nr. 45, (1914), S. 713-716.

Hammerstein, Notker: Die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. Band 1: Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule: 1914-1950, Göttingen 2012.

Holtz, Bärbel: Preußens Kulturstaatlichkeit im langen 19. Jahrhundert im Fokus seines Kultusministeriums. In: Wolfgang Neugebauer (Hg.): Kulturstaat und Bürgergesellschaft: Preußen, Deutschland und Europa im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Berlin 2010, S. 55-77.

Kluke, Paul: Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914-1932, Frankfurt 1972.

Maaser, Michael: „1914“ Die Gründung der Universität Frankfurt am Main. In: *Bögen des Universitätsarchivs Frankfurt*, 3 (2013).

Roth, Ralf: Jüdische Stiftungsaktivitäten und Universitätsgründungen: Die Beispiele Frankfurt und Hamburg. In: Thomas Adam, Manuel Frey, Graf Rupert Strachwitz (Hg.): Stiftungen seit 1800. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 2009, S. 161-178.

Roth, Ralf: Wilhelm Merton. Ein Weltbürger gründet eine Universität, Frankfurt 2010.

Spenkuch, Hartwin: Bürgersinn und Staatshoheit. Stiftungen und Schenkungen für wissenschaftliche Zwecke 1890-1918. In: Wolfgang Neugebauer (Hg.): Kulturstaat und Bürgergesellschaft: Preußen, Deutschland und Europa im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Berlin 2010, S. 241-265.

Strachwitz, Rupert Graf: Die Entwicklung des deutschen Stiftungswesens. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege. Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit*, 2 (2007), S.43-47.

Strachwitz, Rupert Graf: Die Stiftung und ihre Idee. Beitrag für das Österreichische Stiftungsjahrbuch 2007.

Strachwitz, Rupert Graf: Stiftungen im gesellschaftlichen Diskurs. Zur Rezeption und Akzeptanz der Institution Stiftung im 19. und 20. Jahrhundert. In: Thomas Adam, Manuel Frey, Graf Rupert Strachwitz (Hg.): Stiftungen seit 1800. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 2009, S.1-12.

Strachwitz, Rupert Graf: Stiftungswesen. In: Thomas Olk und Birger Hartnuß (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, Weinheim 2009, S. 475-485.

Strachwitz, Rupert Graf: Die Stiftung – ein Paradox? Zur Legitimität von Stiftungen in einer politischen Ordnung, Stuttgart 2010.

von Bruch, Rüdiger: Kulturstaat und Kulturnation in der deutschen Kaiserzeit. In: Wolfgang Neugebauer (Hg.): Kulturstaat und Bürgergesellschaft: Preußen, Deutschland und Europa im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Berlin 2010, S. 37-54.

Wachsmuth, Richard: Die Errichtung der Akademie und ihre Entwicklung zur Universität. Rede zur Feier des 25. Jahrestages der Eröffnung der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften in Frankfurt am Main. In: *Frankfurter Universitätsreden 1926*, 24, S. 3-32.

Wachsmuth, Richard: Die Gründung der Universität Frankfurt, Frankfurt 1929.

<http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/wissenschaft/index.html>

<http://www.stiftungsuni.uni-frankfurt.de/38072349/stiftungsuniversitaet>

## Reihe Opuscula

Frei verfügbar auf [www.opuscula.maecenata.eu](http://www.opuscula.maecenata.eu)

---

2013	Nr. 69	<b>The Role of Awqaf in the 21st Century</b> An Update on the Development of Islamic Foundations <i>M Hisham Dafterdar and Murat Cizakca</i>
	Nr. 70	<b>The Potential of German Community Foundations for Community Development</b> <i>Thomas Krikser</i>
<hr/>		
2014	Nr. 71	<b>Work + Life = Balance?</b> Hauptamtliche in kleinen und mittleren Nonprofit-Organisationen <i>Tino Boubaris</i>
	Nr. 72	<b>Stiftungen als Anwälte der Zivilgesellschaft - Ideal oder Wirklichkeit?</b> <i>Mareike van Oosting</i>
	Nr. 73	<b>Zivilgesellschaftliche Entwürfe in den Bürgerbewegungen der DDR (1986-1990) im ostmitteleuropaischen Kontext: Gemeinsamkeiten und Unterschiede</b> <i>Peter Wellach</i>
	Nr. 74	<b>Civil Society in the ‚Visegrad Four‘</b> Data and Literature in the Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia <i>Maecenata Institute (ed.)</i>
	Nr. 75	<b>Wir brauchen ein Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung</b> Ein Dossier <i>Ansgar Klein, Eckhard Priller, Rupert Graf Strachwitz</i>
	Nr. 76	<b>Das Maecenata Forschungscollegium</b> 15 Jahre Nachwuchsförderung für die Zivilgesellschaftsforschung <i>Maecenata Institut (Hrsg.)</i>
	Nr. 77	<b>Die Hermann Sudermann Stiftung im Ost-Westgefuge</b> <i>Karen Bork</i>
	Nr. 78	<b>Doing environment and nature protection differently:</b> How foundations differ in their work on environmental issues in Germany and the United States <i>Thomas Krikser</i>
	Nr. 79	<b>Enhancing Third Sector Accountability through Financial Accounting</b> <i>Josef Baumuller and Nikolai Haring</i>
<hr/>		
2015	Nr. 80	<b>Historical Philanthropy in Russia</b> A Tradition of Charity in Close Relationship to Government <i>Anna Poltavtseva</i>
	Nr. 81	<b>Public Reporting in Foundations:</b> Regulatory Bodies and Self-regulatory Reporting Initiatives for Foundations in Germany and the UK <i>Abbe Jodi Bertog</i>
	Nr. 82	<b>Overbearing State and Stubborn Civil Society?</b> German International Volunteer Service Programs between Subsidiarity and Accountability <i>Jörn Fischer and Benjamin Haas</i>
	Nr. 83	<b>Vom Sterben und Stiften</b> Eine Untersuchung zu Bedeutung und Potenzial des Stiftungswesens für die Hospizarbeit in Berlin <i>Titus Laser</i>
	Nr. 84	<b>Are Foundations For Ever? Sind Stiftungen ewig?</b> <i>Rupert Graf Strachwitz</i>
	Nr. 85	<b>The Role of Foundations in German Higher Education</b> A Case Study on the Influence of Foundations on Teaching at Universities <i>Julia Reis</i>
	Nr. 86	<b>Stiftungen in den sozialen Medien</b> Eine Betrachtung anhand ausgewählter Mitglieder des Berliner Stiftungsnetzwerkes <i>Jacqueline Hoffmann, Julia Meißner</i>
	Nr. 87	<b>öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Zivilgesellschaft</b> über den Einfluss des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beim Aufbau einer Zivilgesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD <i>Jasmin Heyer</i>
<hr/>		
2016	Nr. 88	<b>Die Schirmherrin</b> Zur Geschichte der Schirmfrau <i>Gunter Stemmler</i>
	Nr. 89	<b>Bewegter Ruhestand, Ehrenamt im Rentenalter</b> Eine empirische Betrachtung im Gesundheitsbereich <i>Luise Burkhardt</i>

---

URN: urn:nbn:de: 0243-032016op9072

ISSN (Reihe Opuscula) 1868-1840